Dieselöl Benzin
HEIZ ÖL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 21. Februar 2020 | Nr. 8 | 62. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Was will die Begrenzungsinitiative
Seite 2

Kanton Zürich
Worte des Kampagnen-Leiters BGI
Seite 3

85 Tage
bis zur Abstimmung zur SVP Begrenzungsinitiative

Städte Zürich und Winterthur
Geköpfte Rosen im Garten
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Tagung zur Begrenzungs-initiative
Seite 8

BEGRENZUNGSINITIATIVE

Verschwörung gegen die Schweiz

Dreister Geheimpakt: Drei Bundesräte haben mit der EU abgemacht, dass Brüssel erst nach der Volksabstimmung zur Begrenzungsinitiative wieder Druck auf die Schweiz ausübt.

Simonetta Sommaruga in geheimer Mission am WEF. Bild: Beat Mumenthaler

Letzte Woche liess Oliver Washington, SRF-Korrespondent in Brüssel, eine Bombe platzen: Das Schweizer Radio sei im Besitz eines «schriftlichen Sitzungsprotokolls», das festhalte, was die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga am 20. Januar in Davos besprochen hatte.

Dieses Dokument habe es in sich, enthalte es doch «pikante Details», die unsere Landesregierung bezeichnenderweise verschweige.

Um die Herausgabe dieses Protokolls gebeten, gibt sich Oliver Washington vom öffentlich-rechtlichen Radio öffentlichkeitsscheu: «Meine Quelle bestand schon letzte Woche darauf, dass ich das Dokument nicht veröffentlichen dürfe.» Kein Wunder, denn es belegt in englischer Sprache folgenden Tatbestand: Anlässlich des Treffens am Weltwirtschaftsforum in Davos bat die Schweizer Bundespräsidentin Sommaruga die EU-Kommissions-Präsidentin von der Leyen, Brüssel möge sich bis zur Abstimmung über die Begrenzungsinitiative vom 17. Mai nicht einmischen. Dazu Radio SRF wörtlich: «Der Bundesrat hat offensichtlich Angst, dass Äusserungen und Druckversuche aus Brüssel der SVP-Initiative Auftrieb verleihen könnten.» Ursula von der Leyen habe ihrerseits zugesichert, dass die Kommission vorderhand schweigen werde, aber schon wenige Tage nach dem Urnengang vom Bundesrat die Zustimmung zum Text des Rahmenabkommens erwarte.

Verfassungswidriges Vorgehen

Kein einziges anderes Medium nahm die Neuigkeit von Radio SRF auf. Dabei ist es zweifellos aufsehenerregend, wenn der Bundesrat das Treffen mit einer fremden Staatengemeinschaft wie der EU zum Anlass nimmt, einen Geheimpakt gegen das eigene Volk zu schliessen. Dass die in Davos getroffene Vereinbarung informellen Charakter hat, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil: Das Paktieren unserer Landesregierung mit der EU, um einen beidseits genehmen Entscheid des Souveräns herbeizuführen, ist staatspolitisch äusserst bedenklich – und obendrein gesetz- und verfassungswidrig.

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) war am Davoser Treffen mit von der Leyen zwar Hauptsprecherin auf Schweizer Seite, sass aber keineswegs allein in der Runde. Vielmehr begleiteten sie Aussenminister Ignazio Cassis und Justizministerin Karin Keller-Sutter (beide FDP). Interessanterweise mussten diesem kurzfristig anberaumten Termin die SVP-Bundesräte fernbleiben, da sie gleichzeitig in Zürich den chinesischen Vize-Premierminister trafen. Guy Parmelins Wirtschaftsressort ist in vielerlei Hinsicht in den Rahmenvertrag involviert. Der Verdacht liegt nahe, dass bei einer Anwesenheit von Parmelin und Finanzminister Ueli Maurer – beide überzeugte Befürworter der Begrenzungsinitiative – beim Treffen mit EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen kaum solch verräterische Absprachen getroffen worden wären. Ziemlich sicher hätten diese beiden Bundesräte wenig Verständnis aufgebracht für einen Geheimkontrakt mit der EU, um eine Volksabstimmung zu gewinnen.

Dass sich der Bundesrat dem EU-Wunsch nach Personenfreizügigkeit mehr verpflichtet fühlt als dem Willen des eigenen Souveräns, ist in der Tat bemerkenswert. Genau um solche Konspirationen unserer Regierenden und Diplomaten zum Nachteil der verfassungsmässig garantierten Institutionen zu verbieten, hat das geltende Strafgesetzbuch «Verbrechen und Vergehen gegen den Staat» definiert. Da steht in Artikel 267: «Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteile der Eidgenossenschaft führt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.»

Handeln wider die Rechte des Volkes

Nun gereicht es der Eidgenossenschaft zweifellos zum Nachteil, wenn ihre oberste Landesbehörde die direkte Demokratie und somit das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger dirigiert, kanalisiert und manipuliert. Wer als Mitglied unserer obersten Exekutivbehörde hinter dem Rücken seines Volkes mit einer fremden Macht verhandelt, um ein Abstimmungsresultat zu beeinflussen, verletzt auch den Amtseid respektive das Gelübde auf die Verfassung. Denn diese pocht schon im Zweckartikel 2 auf den Schutz der «Rechte des Volkes».

Vor gut hundert Jahren nahmen die Schweizer Behörden das eigenmächtige Mischeln und Mauscheln eines Bundesrates mit anderen Staaten noch ausserordentlich ernst. Der ebenso ehrgeizige wie machtbewusste St. Galler Aussenminister Arthur Hoffmann wollte 1917 als Friedensstifter in die Geschichte eingehen. Eigenmächtig führte er Verhandlungen mit Deutschland und Russland, um einen Separatfrieden herbeizuführen. Als die gegnerischen Alliierten durch eine Indiskretion von Hoffmanns Privataktion erfuhren, sahen sie die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralität aufs schwerste diskreditiert.

Die Bundesratskollegen, die Medien und die Bevölkerung liessen Hoffmann augenblicklich fallen, sein sofortiger Rücktritt war unvermeidlich.

Damals duldeten weder die Öffentlichkeit noch die Behörden ein Taktieren und Tricksen auf Kosten der verfassungsmässigen Ordnung.

Heute herrscht Schweigen. Noch schlimmer: zustimmendes Schweigen.

Erstabdruck:
«Die Weltwoche» Nr. 7, 13.2.2020

Christoph Mörgeli
alt Nationalrat
Stäfa

Jetzt anmelden!

Tagung

Termin:	Samstag, 7. März 2020
Zeit:	09:00 bis 13:00 Uhr
Ort:	Parkhotel Wallberg Volketswil

Die Themen:
- Parteiarbeit in den Sektionen
- Kampagne Begrenzungsinitiative

Melden Sie sich an!
Einladung mit Detailprogramm auf Seite 8.

SVP Kanton Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 **Berg TG**
Tel. 071 636 11 90
www.kressibucher.ch

Forstpflanzen einheimische Pflanzen
- für Ergänzungspflanzungen
- für Aufforstungen
- mit diversen Herkünften

Wildgehölze einheimische Pflanzen
- für naturnahe Hecken
- für Vogelschutz und Bienenweiden

Wildverbissschutz
- dazu passende Pfähle aus CH-Holz
- oder auch Akazienpfähle

Heckenpflanzen
- für geschnittene Hecken

BEELEGAL
BÖSIGER. ENGEL. EGLOFF
RECHTSANWÄLTE
Stauffacherstrasse 16 | 8004 Zürich
Badenerstrasse 13 | 5200 Brugg
Lagerhausstrasse 6 | 5400 Winterthur
+41 58 206 10 00
www.beelegal.ch

Christoph Mörgeli

«Trumps Kriegserklärung»

Am 3. Januar 2020 titelte der Tages-Anzeiger: «Trumps Kriegserklärung». Der amerikanische Präsident gehe «mit der Tötung des iranischen Kommandanten Soleimani ein unkontrollierbares Risiko ein». Und atemlos geht's weiter: «Im Nahen Osten hat an diesem Freitag eine neue Zeitrechnung begonnen. Mit einem einzigen Raketenangriff haben die USA die gesamte Unsicherheitsarchitektur der Region zerstört und die Pforten geöffnet für eine furchtbare Zeit der Unberechenbarkeit, der Gewalt und des Zerfalls.» Alles sei jetzt denkbar: «Terror, Raketenschläge, Destabilisierung, Bürgerkrieg im Irak» und eine «tatsächliche militärische Auseinandersetzung auf Schlachtfeldern von Libyen bis Afghanistan».

Alle diese grenzdebilen Journalisten-Prognosen sind nicht eingetroffen. Trump liess den iranischen Befehlshaber Soleimani mit einem gezielten Drohnenangriff töten. Verbunden mit einer Botschaft an sämtliche Kriegsverbrecher und Massenmörder: Wir kriegen Euch, wo immer Ihr Euch aufhaltet. Seither herrscht im Nahen und Mittleren Osten vergleichsweise mehr Ruhe und Frieden als vorher. Zumal die iranischen Machthaber ein ukrainisches Flugzeug abschossen, in dem hauptsächlich eigene Landsleute sassen. Von Destabilisierung, Bürgerkrieg und Schlachtfeldern ist keine Rede.

Um gerecht zu bleiben: Der Autor des einfältigen Artikels arbeitet nicht beim Tages-Anzeiger. Er heisst Stefan Kornelius und ist Chef des Ressorts Aussenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung, deren aussenpolitische Artikel der Tagi abdruckt. Kornelius hat viele Preise und Auszeichnungen erhalten und sitzt in einigen Denkfabriken im nördlichen Nachbarland. In seinem Sprachgebrauch müsste man seinen Kriegserklärungs-Artikel so bezeichnen: bekloppt, bescheuert, bedeppert, behämmert und beknackt.

Nun könnte man annehmen, dass die Journalisten im Angesicht des Massengrabs ihrer veröffentlichten Böcke nachdenklich werden. Und sich wenigstens ein bisschen in Demut üben. Gefehlt. «Jetzt ist die britische Krise perfekt», titelte Stefan Kornelius wenig später. «Grossbritannien geht durch die schwerste politische Phase seines jüngeren Daseins.» Denn wegen Meghan und Harry gerate die Monarchie ins Wanken: «Die britische Staatskrise ist nun wahrhaft umfassend.» Journalisten greifen gerne zum blitzenden Schwert. Auch wenn sie bloss ein Radieschen schneiden.

WAS WILL DIE BEGRENZUNGSINITIATIVE? (TEIL 1)

Wir bestimmen selbst, wer in unser Land kommt

Zu viel ist zu viel – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz! Die Schweiz will eigenständig Verträge mit anderen Staaten abschliessen, die jeweils beiden Seiten nützen. Die Schweiz braucht auch ausländische Arbeitskräfte – aber als souveräner Staat bestimmen wir selber, wer in unser Land kommt! Das sieht die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer so:

Wir wollen Herr im eigenen Land sein. Wir haben 2010 die Ausschaffungsinitiative und 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Beide Verfassungsaufträge werden wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU leider nicht umgesetzt. Die Folge: Unser Land muss jedes Jahr Zehntausende EU-Ausländer aufnehmen und kann kriminelle EU-Ausländer nicht ausschaffen.

In den letzten dreizehn Jahren kamen eine Million Menschen zusätzlich in die Schweiz. Diese Masslosigkeit schadet! Das können wir am 17. Mai 2020 korrigieren – mit einem Ja zur Begrenzungsinitiative! Ein Ja packt das Problem an der Wurzel und beendet die Personenfreizügigkeit in ihrer heutigen Form!

Deshalb braucht es ein Ja zur Begrenzungsinitiative:

1. Wir bestimmen endlich selber, wer in unser Land kommt. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 haben 500 Millionen Menschen in den EU-Staaten einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in unser Land. Das heisst, sie und nicht wir Schweizerinnen und Schweizer bestimmen, ob sie in unser Land kommen.
   Mit gravierenden Folgen: Allein in den letzten dreizehn Jahren kamen eine Million Menschen. Heute zählen wir 8,6 Millionen Einwohner und wegen der Personenfreizügigkeit kommen jedes Jahr Zehntausende zusätzliche dazu. Schon bald leben wir in einer 10-Millionen Schweiz. Die Rechnung für diese Masslosigkeit bezahlen wir Schweizer Arbeitnehmende und Steuerzahlende.
2. Der Bundesrat muss endlich den Volkswillen umsetzen. 2014 haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Gemäss dem neuen Verfassungsartikel 121a muss die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuern. Um dies zu erreichen, hätte der Bundesrat das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen neu verhandeln müssen. Die EU weigerte sich drei Jahre lang, dies zu tun. Der Bundesrat liess sich dies gefallen und die EU konnte so auftreten, weil sie wusste, dass es bei Nichteinigung keine Kündigung der Personenfreizügigkeit geben würde. Das ist mit der Begrenzungsinitiative nun anders: Sie fordert Neuverhandlungen innerhalb eines Jahres. Und nur dann, wenn nicht verhandelt wird, erfolgt die Kündigung.
3. Dann kommen endlich nicht noch mehr schlecht Qualifizierte. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit, allen voran der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, sagen, die Personenfreizügigkeit sei wichtig, um den Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Schweiz zu beheben. Das Gegenteil ist der Fall: Auch nach dreizehn Jahren Personenfreizügigkeit ist der Mangel nicht behoben. Der Grund: Nur jeder fünfte EU-Zuwanderer ist hochqualifiziert, 80 Prozent sind vor allem billige Hilfsarbeiter. Dies belegen die offiziellen Zahlen des Bundes und eine Studie des Kantons Zürich.
4. Schweizer Firmen können die nötigen Hochqualifizierten rekrutieren. Die Schweizer Wirtschaft braucht hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt. Es ist aber ein Märchen, dass diese wegen der EU-Personenfreizügigkeit in die Schweiz kommen. Wahr ist: Auch ohne Personenfreizügigkeit können Schweizer Firmen jederzeit Hochqualifizierte rekrutieren.

Was will die Begrenzungsinitiative?

Am 17. Mai 2020 stimmen wir über die Begrenzungsinitiative ab. Als souveräner Staat bestimmen wir selber, wer in unser Land kommt. Wer eine 10-Millionen-Schweiz noch verhindern will, muss der SVP-Volksinitiative zustimmen.

In einer Serie veröffentlicht der Zürcher Bote dazu ein Argumentarium.

Weitere Infos auch unter: www.begrenzungsinitiative.ch

Bald 10-Millionen-Schweiz? Quelle: AdobeStock

SVP REAGIERT AUF ENTSCHEID DES BUNDESGERICHTS

Renten für Kinder von Flüchtlingen im Ausland?

Das Bundesgericht hat letzte Woche ein Urteil veröffentlicht, das Kindern von Flüchtlingen auch dann ein Recht auf eine IV-Rente zugesteht, wenn sie nicht einmal in der Schweiz leben.

svp. Möglich ist dies aufgrund einer Unachtsamkeit von Bundesrat und Parlament. Dies will die SVP nun korrigieren.

Einladung zum Missbrauch

Dieser Entscheid des Bundesgerichtes öffnet dem Missbrauch Tür und Tor: Für die Ausrichtung einer Kinderrente an anerkannte Flüchtlinge spielen weder der Wohnsitz noch die Nationalität der Kinder eine Rolle. Konkret hatte ein in der Schweiz wohnhafter anerkannter Flüchtling aus dem Tschad, der eine IV-Rente erhält, Kinderrenten für seine ausserehelichen und in Frankreich lebenden Töchter beantragt. Die zuständige Berner IV-Stelle lehnte dies ab. Gemäss eines Bundesbeschlusses müssen Kinder von Flüchtlingen ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, um eine Kinderrente zu erhalten.

Für Kinder von Schweizerinnen und Schweizern gibt es keine solchen Auflagen. Weil anerkannte Flüchtlinge gemäss Flüchtlingskonvention bei der sozialen Sicherheit gleich behandelt werden müssen wie Schweizer, ist laut Bundesgericht auch im Ausland lebenden Kindern von Flüchtlingen eine Rente zu bezahlen. Wie das Bundesgericht weiter im Urteil schreibt, habe der Gesetzgeber mit dem Bundesbeschluss nicht die Absicht verfolgt, von der Flüchtlingskonvention abzuweichen.

Fehler beheben

Für die SVP ist es inakzeptabel, dass für Ausrichtung einer Kinderrente an anerkannte Flüchtlinge weder der Wohnsitz noch die Nationalität der Kinder von Belang sein soll. Dies lädt förmlich zum Missbrauch ein, etwa indem falsche Angaben zu angeblichen Kindern gemacht werden. Daher will die SVP diesen Fehler beheben und hat in der Staatspolitischen Kommission des Ständerats einen entsprechenden Antrag eingereicht.

Renten für Flüchtlingskinder die nicht in der Schweiz leben. Bild: svp

VON DEN LINKEN LERNEN

Die SVP muss die Staatskasse vor Gaunern schützen!

Vom amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman stammt der berühmte Ausspruch, wonach man in der Politik nicht reich werden kann, ausser man ist ein Gauner. Und von Ulrich Wickert, einer Ikone der Linken, wissen wir, dass man Gauner Gauner nennen muss. Und was ist es anderes als eine Gaunerei, wenn Politiker zur eigenen Bereicherung auch hierzulande immer schamloser in die Staatskasse greifen, nachdem sie die Bürger und Steuerzahler der Möglichkeit beraubten, ihrem Treiben Einhalt zu gebieten?

Claudio Zanetti
alt Nationalrat SVP
Gossau

Auch wenn die Linken mit Blick auf Bananen, Löhne, Wohnungsmieten, Fluglärm und vieles mehr behaupten, sie wüssten, was fair und gerecht ist, in einer auf individueller Freiheit beruhenden Gesellschaft ist fair und gerecht, worauf sich urteilsfähige und mündige Parteien in freier Entscheidung einigen. Problematisch wird es also dann, wenn eine Seite getäuscht, genötigt oder übervorteilt wird. Oder wenn sie ihren Willen gar nicht äussern kann, weil sie vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

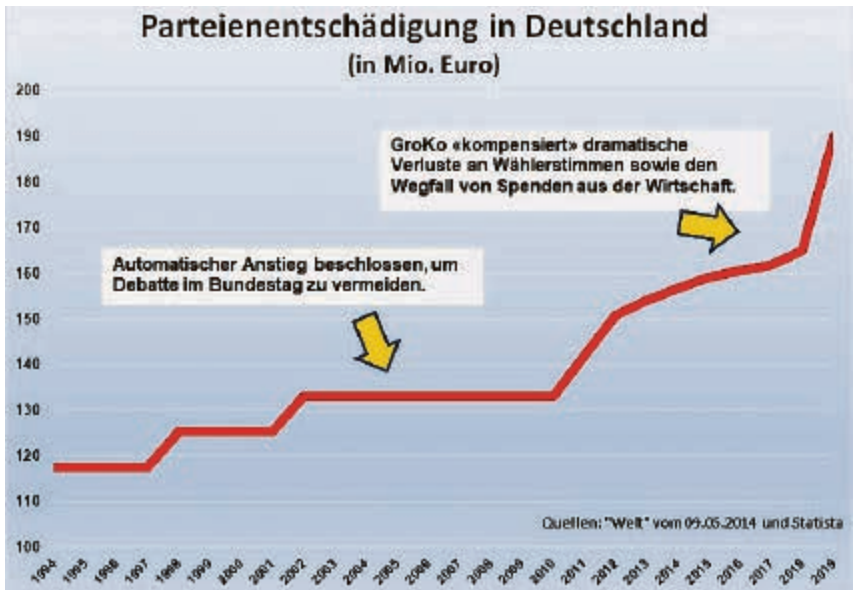
Klares Verdikt des Volkes

Am 27. September 1992 war das Schweizer Stimmvolk an die Urne gerufen. Eine Gruppe St. Galler Studenten hatte – unterstützt vom damaligen Nationalrat und Präsidenten der Zürcher SVP Christoph Blocher – das Referendum gegen drei Vorlagen der Bundesversammlung ergriffen: Das Geschäftsverkehrsgesetz (GVG), das Infrastrukturgesetz und das Entschädigungsgesetz. Sämtliche Parolen im Abstimmungskampf lauteten entweder dreimal ja oder dreimal nein. Doch der Souverän wusste zu unterscheiden: Er nahm das GVG relativ knapp an und verwarf die beiden anderen Vorlagen wuchtig. In diesen beiden ging es um Geld – für die Mitglieder des Parlaments. Die Botschaft hätte also deutlicher nicht sein können.

Mit dem unseren Politikern beim Erfinden neuer finanzieller Lasten für die Bevölkerung eigenen Elan beschlossen National- und Ständerat daraufhin, das Volksverdikt zu umgehen, indem man sich im Parlamentsgesetz die Kompetenz zur Festlegung der eigenen Bezüge übertrug und zur Sicherheit das Referendum explizit ausschloss. Ein Vorstoss von Nationalrat Alfred Heer (SVP, Zürich) auf Wiedereinführung wurde im Keim erstickt. Andere Kantone folgten dem Beispiel Bundesberns. Im Ausland ist die Situation noch schlimmer. Und wenn Schweizer Politiker immer stärker das Völkerrecht bemühen, um ihren (linken) Positionen zum Durchbruch zu verhelfen, dann hat das viel damit zu tun, dass die direkte Demokratie, die zum Masshalten zwingt, als lästig empfunden wird. Der Drang in die EU lässt sich weitgehend damit erklären.

Österreich – Politik als Geschäftsmodell

Obwohl mir die österreichische Regierung von ÖVP und FPÖ recht sympathisch war, habe ich mich doch gefragt, wie es möglich sein konnte, dass die konservative Österreichische Volkspartei, die seit 1987 ohne Unterbrechung in der Bundesregierung vertreten war, plötzlich als Liste «Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei (ÖVP)» zu den Wahlen antrat. Wie war es möglich, dass eine Partei, die seit über 70 Jahren eine der dominierenden Kräfte des Landes ist, von einem gut 30-jährigen Mann praktisch im Handstreich übernommen werden konnte?



Amerikanischer Präsident Harry S. Truman Bild: stock.adobe

Wie mir ein Kenner der österreichischen Politik erklärte, ging es dabei weniger um Politik als um handfeste wirtschaftliche Interessen. Der österreichische Staat zahlt nämlich rund 209 Millionen Euro an die Parteien. Das sind 32,6 Euro pro Stimmbürger. Hinzu kommen zahlreiche lukrative Posten im Staat und in staatsnahen Unternehmen. Darauf wollte man nicht verzichten. Und so akzeptierte man Kurz der Not gehorchend. Immerhin stellte man sich einer Wahl.

Deutschland – den Souverän fürs Abstrafen bestrafen

In Deutschland wählten die Parteien einen anderen Weg. Nach der letzten Wahl stellten CDU/CSU und SPD fest, dass sie zwar noch mit Ach und Krach eine Regierung bilden können, aber dermassen viele Wähler verloren haben, dass auch die staatlichen Zuschüsse deutlich zurückgingen. Die Union verlor 8,5 Prozentpunkte. Die SPD 5,2, was einen Rückgang der Parteienfinanzierung um etwa 1,6 Millionen Euro zur Folge hätte. – Mit Betonung auf «hätte», denn in einem Staat, in dem die Bürgerinnen und Bürger nichts zu sagen haben und nur zu zahlen haben, ändern die Parteien einfach das Gesetz. Und aus den 165 Millionen Euro, die die Parteien des Bundestags bisher vom Staat erhielten, wurden schwuppdiwupp 190 Millionen Euro. Man fragt sich nicht, warum man immer von weniger Menschen unterstützt wird, man hält sich einfach an der Staatskasse schadlos. Ja, man schuf sogar einen Automatismus im Gesetz, um künftigen Diskussionen ausweichen zu können. Ist schliesslich niemand da, der sich wehren könnte.

Gaunerei auch im Kanton Zürich

Auch im Kanton Zürich, wo man bis zum 27. September 1998 sogar das obligatorische Gesetzesreferendum kannte, der Souverän also über jedes Gesetz abstimmte, schuf der Kantonsrat im Kantonsratsgesetz die Grundlage für einen – dem Referendum entzogenen – «Kantonsratsbeschluss», der die Höhe der eigenen Bezüge regelt. Am 27. Januar 2020 beschloss eine Kantonsratsmehrheit, sich eine substanzielle Erhöhung der eigenen Bezüge zu genehmigen. Eine Parlamentarische Initiative von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) fordert, Höhe und Art der Entschädigungen zumindest dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um das Schicksal dieses Vorstosses im Parlament vorherzusagen. Doch selbst bei einer Annahme würde die Bestimmung frühestens in 15–20 Jahren Wirkung entfallen.

Besonders entschlossen und auf eigene Rechnung kämpft Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) vor dem Verwaltungsgericht gegen den Parlamentsbeschluss, dem er die rechtliche Legitimation abspricht. Ob seine Beschwerde Erfolg haben wird, ist leider zu bezweifeln, denn auch unsere Richter beziehen – wie Regierungsräte und die Angestellten der kantonalen Verwaltung – Saläre, über deren Höhe nie abgestimmt wurde…

Die Frage nach dem richtigen Lohn für Politikerinnen und Politiker ist so schwierig zu beurteilen, wie jene nach der richtigen Besteuerung. Umso wichtiger ist darum das ständige Ringen der verschiedenen Positionen. Wer behauptet, ohne hohe Löhne, finde man kein gutes Personal, soll erklären, warum dann rund 23 Mal mehr Personen für den Nationalrat kandidieren, als Sitze zur Verfügung stehen. Tatsache ist auch, dass die Wahl in die Exekutive von Kantonen oder grösseren Städten für die meisten Kandidaten lohnmässig und mit Blick auf die Pensionskasse eine substanzielle Verbesserung mit sich bringt.

Es braucht eine Volksinitiative mit Rückwirkung

Meiner Einschätzung nach ist auf parlamentarischem Weg keine Verbesserung zu erreichen. Parlamente geben nie freiwillig Macht ab – schon gar nicht erschlichene. Sie müssen dazu gezwungen werden. Von der Instanz, von der alle Staatsmacht ausgeht: Vom Souverän. Es braucht darum eine Volksinitiative, die die Regelung der Parlamentarierbezüge wieder dem (fakultativen) Referendum unterstellt. Die SVP ist gefordert

Persönlich würde ich sogar noch weiter gehen und eine Sistierung des Kantonsratsbeschlusses vom 27. Januar 2020 fordern, bis das Stimmvolk einer Regelung zustimmt. Schliesslich stellt diese einen Raubzug auf das Portemonnaie der Steuerzahler dar. Raub, nicht Diebstahl! Denn die Geschädigten wurden zuerst widerstandsunfähig gemacht.

Man mag einwenden, Initiativen mit Rückwirkung seien rechtsstaatlich nicht ganz sauber. Doch in diesem Fall gilt es einer rechtsstaatlich weit gefährlicheren Erosion der demokratischen Ordnung entgegenzutreten. Oder, um es in der Sprache der Linken zu sagen: Es herrscht demokratiepolitischer Notstand!

Im Übrigen überwies die Bundesversammlung schon mehrfach Initiativen mit Rückwirkung zur Volksabstimmung: Beispielsweise wurde mit der Initiative gegen neue Kampfflugzeuge (F/A-18) die Wirkung des kurz zuvor vom Souverän abgelehnten Rüstungsreferendums erzielt, was für zulässig gehalten wurde.

Dass es die «Classe politique» nicht dabei bewenden lässt, alle 10 bis 20 Jahre in die Staatskasse zu greifen, ist offensichtlich.

Sie will die direkte Demokratie, die ihr seit langem ein Dorn im Auge ist, in ihrem Wesen zerstören. Der nächste brandgefährliche Angriff steht uns in Form des Rahmenabkommen bevor, der darauf abzielt, uns in allen wirtschaftlichen Belangen das Selbstbestimmungsrecht zu nehmen. Danach entscheiden Funktionäre und Richter mit Funktionärsgesinnung.

Initiativen mit Rückwirkung mögen unschön sein, aber manchmal muss man zu unschönen Mitteln greifen. Die Fragen lauten nur: Wer, wenn nicht wir? Und wann, wenn nicht jetzt?

WORTE DES KAMPAGNEN-LEITERS BGI

Das Fehlkonstrukt «volle Personenfreizügigkeit» muss korrigiert werden

Am 17. Mai 2020 stimmen wir über die Begrenzungsinitiative ab. Es bleiben uns noch rund 85 Tage, um der Bevölkerung aufzuzeigen, warum nur ein «JA zur massvollen Zuwanderung» im Interesse der Schweiz und ihrer Bevölkerung liegen kann. Es geht darum, aufzuzeigen, warum die Schweiz in Zukunft die Zuwanderung wieder eigenständig regeln und steuern muss.

Nach nunmehr 13 Jahren volle Personenfreizügigkeit mit der EU sprechen die Fakten Klartext. Das unkontrollierte und viel zu schnelle Bevölkerungswachstum ist tagtäglich sicht- und spürbar.

Die Wohlstandsentwicklung stagniert und beutelt insbesondere den Mittelstand. Auf dem Arbeitsmarkt steigt der Lohndruck unaufhörlich, dabei werden vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmende zunehmend in die Sozialhilfe verdrängt. Dieser Verdrängungskampf beschleunigt den Kollaps der bereits heute in arger Schieflage stehenden Sozialwerke zusätzlich.

Die Landpreise und Wohnkosten steigen ungebremst an und verunmöglichen insbesondere jungen Familien mit Kindern den Erwerb von einem Eigenheim.

Die öffentliche Infrastruktur ist permanent überlastet und führt bei der Bevölkerung zu einem ständigen und wachsenden Dichtestress. In den Schulen führen stark heterogene Klassen zu einem sinkenden Bildungsniveau und rückläufiger Förderung des individuellen Potenzials der Kinder.

Sind das erstrebenswerte Errungenschaften? Sollen diese Entwicklungen ungebremst ihren Lauf nehmen?

Braucht es erst 10 Millionen Menschen in unserem Land, bevor wir das wirtschafts- und sozialpolitische Luftschloss «volle Personenfreizügigkeit» wieder rückgängig machen?

Die Zeit, um zu handeln, ist jetzt – wir haben noch 85 Tage Zeit!

Gleich wie 2014 bei der Masseneinwanderungsinitiative will noch immer eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Geeint, mit allen verfügbaren Mitteln und vollem Einsatz, müssen wir ab heute alle zusammen einstehen und für unser gemeinsames Anliegen bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den vorliegenden Fakten argumentieren und kämpfen. Am 7. März lancieren wir in Volketswil die kantonale Kampagne, dazu sind alle eingeladen.

Gemeinsam werden wir am 17. Mai - für die Schweiz – erfolgreich sein!

von Michael Trachsel

MEDIENMITTEILUNG SVP KANTON ZÜRICH

SVP Motion zur Stärkung der Gewaltentrennung im Kanton Zürich

Die SVP-Fraktion wird am kommenden Montag im Kantonsrat eine Motion gegen Filz – für eine Stärkung der Gewaltentrennung im Kanton Zürich einreichen. Ursprung dieses Vorstosses sind jüngste Personalentscheide in einzelnen Direktionen, welche wenig Feingefühl der betroffenen Personen spüren lassen. Ein Kantonsrat als Gesetzesgeber kann nicht gleichzeitig Regierungsmitarbeiter in Kaderposition sein und damit die ausführende Ebene vertreten. Erstunterzeichner der Motion ist Kantonsrat Hans-Peter Amrein, Mitunterzeichner sind die Kantonsräte Claudio Schmid und Hans Egli (EDU).

svp. Mit der Motion wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesänderung zu unterbreiten, wonach das Personal der Kernverwaltung des Kantons Zürich oder von Institutionen, die mehrheitlich vom Kanton Zürich beherrscht werden und mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, nicht Mitglied des Kantonsrats sein können.

Gewaltentrennung als Garantin gegen Willkür

Die Gewaltentrennung ist ein Grundordnungsprinzip eines demokratischen Rechtsstaates. Regierung, Parlament und Justiz sollen voneinander unabhängig sein.

Wenn Mitglieder des Parlamentes direkt (durch die Anstellung in Direktions-Stäben etc. beim Kanton, vertreten durch die Regierung) oder indirekt (durch die Anstellung in Direktionsstäben etc. bei einer Institution, die vom Kanton, vertreten durch die Regierung, mehrheitlich beherrscht wird), oder in einer anderen Funktion direkt durch die Regierung angestellt sind, wird diese Unabhängigkeit tangiert. Der bei der Regierung angestellte Parlamentarier wird innerlich weniger kritisch gegenüber seinem Arbeitgeber, der Regierung, sein können als ein anderer Parlamentarier.

Der Bund als Vorbild

Beim Bund ist die Unvereinbarkeit zwischen Parlamentsmandat und Abhängigkeit von der Regierung idealtypisch umgesetzt. So hält Art. 14 des Parlamentsgesetzes (SR 171.10) fest:

Der Bundesversammlung dürfen nicht angehören:

a) die von ihr gewählten oder bestätigten Personen;
b) die nicht von ihr gewählten Richterinnen und Richter der eidgenössischen Gerichte;
c) das Personal der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung, der Parlamentsdienste, der eidgenössischen Gerichte, des Sekretariats der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft, der Bundesanwaltschaft sowie die Mitglieder der ausserparlamentarischen Kommissionen mit Entscheidkompetenzen, sofern die spezialgesetzlichen Bestimmungen nichts anderes vorsehen;
d) die Mitglieder der Armeeleitung;
e) Mitglieder der geschäftsleitenden Organe von Organisationen oder von Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die nicht der Bundesverwaltung angehören und die mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, sofern dem Bund eine beherrschende Stellung zukommt;
f) Personen, die den Bund in Organisationen oder Personen des öffentlichen oder privaten Rechts vertreten, die nicht der Bundesverwaltung angehören und die mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, sofern dem Bund eine beherrschende Stellung zukommt. Das Personal der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung darf nicht dem Bundesparlament angehören. Gleiches gilt für Mitglieder der geschäftsleitenden Organe von Organisationen oder von Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die nicht der Bundesverwaltung angehören und die mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, sofern dem Bund eine beherrschende Stellung zukommt.

Situation im Kanton Zürich

Im Kanton Zürich ist die Unvereinbarkeit für Kantonsangestellte mit einem Kantonsratsmandat derzeit gemäss § 25 und § 26. 1. + 2. des Gesetzes über die Politischen Rechte (161) geregelt.

Verschärfungen sind klar und deutlich zu definieren, sodass leitend tätige Angestellte sowie Angestellte mit Projektverantwortung nicht auch im Kantonsrat sein können. Abhängigkeiten zwischen Parlamentsmandat und Abhängigkeit von der Regierung sind auszuschliessen. Die vorliegende Motion kann durch eine Änderung des Gesetzes über die Politischen Rechte (161) umgesetzt werden. Mit der SVP-Motion zur Stärkung der Gewaltentrennung verlangt die SVP des Kanton Zürich eine klare Regelung hinsichtlich unabhängiger Geschäftsführung innerhalb der Verwaltung. Doppelrollen werden nach Umsetzung dieser Motion ausgeräumt, gegenüber dem Bürger soll mehr Transparenz geschaffen.

Auf Facebook aufgefallen

STÄNDERAT THOMAS MINDER ZU GAST BEI DER SVP KLOTEN

Umsetzbare Migrationsstrategie fehlt

Es war ein purer Zufall, dass der Jahreshöck der SVP Kloten auf den 14. Februar fiel. So hatten wir an diesem Abend, trotz Ferienbeginn und Valentinstag rund 40 Personen zu Gast. Gastredner war diesmal der parteilose Ständerat Thomas Minder bei der SVP Kloten.

Ebenfalls anwesend waren Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrätin Romaine Rogenmoser aus Bülach. Nach einem geselligen Apero und einer kurzen Begrüssung führte uns Thomas Minder in seinem rund dreissig minütigen Referat bereits voll in den Abstimmungskampf für die Begrenzungsinitiative. Ein heisses Thema und ein feuriges.

Bald 10 Millionen Einwohner

Thomas Minder führt sinngemäss aus, dass, wenn wir nicht aufpassen, werden wir bald zwischen 9 und 11 Millionen Menschen in der Schweiz sein. Dazu kommen rund noch 300 000 Grenzgänger, die jeden Tag in die Schweiz kommen. Das ist kein haltbarer Zustand und auch keine annehmbare Zukunftsaussicht für unsere Kinder. In Anbetracht der bereits 1,1 Mio. eingewanderten Personen seit der Personenfreizügigkeit muss es das Ansinnen der Schweiz sein, die Zuwanderung selber zu steuern. Jedes Jahr einmal die Stadt Biel oder 2,5 mal Kloten, die in die Schweiz einwandert und hier bleibt, ist zu viel. Wir haben heute 2,1 Millionen (25,1 Prozent) Ausländer.

Wir machen die Schweiz aber nicht grösser; wir können nicht breiter werden; nun bauen wir einfach höher. Diese Entwicklung macht ja auch vor Kloten nicht halt. Uns fehlt aus Bern eine klare und umsetzbare Migrationsstrategie. Was würde passieren, wenn jedes Jahr 300 000 kommen würden und nicht 55 000? Diese Entwicklung in einer wirtschaftlich gesunden Phase ist extrem bedenklich. Keiner mag sich ausmalen, was passiert, wenn das Wachstum in den Nachbarstaaten auf einmal kippt und das Volk diese Willkommenskultur nicht mehr duldet. Als Referenz-Beispiel wird gern Australien herangezogen.

Dort führt man mit dem Slogan «we manage the next generation» eine klare und sehr restriktive Migrationspolitik. Australien hat seit 1993 im Schnitt jährlich 2,3 Prozent Wirtschaftswachstum und eine sehr restriktive Flüchtlingspolitik. Der Brexit ist passiert, wegen der Zuwanderung. In Dänemark wurden 28 Viertel als Ghettoviertel definiert und Sozialwohnungen abgerissen, um Parallelgesellschaften zu verhindern.

Import der Arbeitslosigkeit

Negative Aspekte der Zuwanderung, derer wir uns bewusst werden müssen, sind beispielsweise, dass alle zwei Stunden ein Fussballfeld zubetoniert wird, Explosion der Infrastrukturkosten. Arbeitslosigkeit 50plus!

Wir haben heute in der Schweiz 1,6 Prozent Arbeitslose. Ausländer in der Schweiz haben 3,8 Prozent Arbeitslosigkeit. Aus der EU28: 3,3 Prozent; Europa nicht EU: 4,7 Prozent; Asiaten: 4,2 Prozent; Afrikaner 7,8 Prozent.

Wir importieren also die Arbeitslosigkeit geradezu. Eine andere Thematik ist, dass, wenn wir 60 000 Personen mehr in der Schweiz haben, haben wir 30 000 Autos mehr. Das führt zu Stau und zu Folgekosten für die Wirtschaft. Es werden weltweit Tausende Freihandelsabkommen abgeschlossen, aber keines knüpft daran eine Freizügigkeit der Personen.

Thomas Minder genoss es sichtlich, sich bei uns unter Freunden zu dem Thema zu äussern. Wir danken allen Freunden für ihre Zeit, die sie an diesem Abend mit uns verbracht haben.

Thomas Schneider,
Vorstandsmitglied SVP Kloten

Thomas Minder war voll in Fahrt.
Bild: svp Kloten

DIE ANDERE SEITE VON …

Emanuel Eugster

Politische Tätigkeit: Gemeinderat, Stadt Zürich
Ortspartei: SVP Kreispartei 7/8, Zürich

Geboren am: 07.03.1979
Sternzeichen: Fische
Beruf: Unternehmer
Hobby(s): Wassersport, Klavier, Reisen, Fliegen
Grösse: 1,80 m
Augenfarbe: Dunkelbraun
Lieblingsgetränk: Wasser
Lieblingsessen: Fondue
Lieblingslektüre: Biografien
Was niemand von mir weiss: Dass ich auch die kleinsten Mücken oder Fliegen rette, wenn sie zu ertrinken drohen.

Am Klavier.

Damit kann man mir eine Freude machen: Mit einem tollen Gespräch. Ich verbringe die Zeit jedoch sehr gerne am oder auf dem Wasser. Die grösste Freude habe ich jedoch, wenn ich weiss, dass es den anderen gut geht.

Mein Wunsch für die Zukunft: Das die heutige Jugend ihre Träume und Wünsche verwirklichen kann, ohne sich dabei entschuldigen zu müssen.

EINKAUFEN BEI SVP-MITGLIEDERN

Eisenhut Bikes

Inhaber: Roy Eisenhut
Verbindung zur SVP: Plakatverantwortlicher und Vorstandsmitglied der Sektion Bauma
Gründungsjahr: 2014
Anzahl Mitarbeiter: 1
Anzahl Lehrlinge: noch keine
Angebot: Alle Arten an E-Bikes mit den Motoren von Bosch/Shimano/Panasonic. Viel Zubehör, Ersatzteile und Helme.
Spezialität: enviolo Servicestützpunkt
Website: www.eisenhut-bikes.ch
Anschrift: Eisenhut Bikes, Sennhüttenstrasse 7, 8494 Bauma
Tel.: 052 386 22 11
Mail: roy@eisenhut-bikes.ch

AUFRUF GEGEN STAATLICHES ZWANGSFERNSEHEN

Fröhlicher Gebührenstreik

Ärgern Sie sich über unser staatliches Zwangsfernsehen? Über die 1,2 Milliarden, welche wir ihm abliefern müssen, um dann belehrt und bekehrt zu werden? Dann tun Sie was!

Hermann Lei
Kantonsrat SVP
Frauenfeld

Im Abstimmungskampf über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) 2015 hatte Medienministerin Doris Leuthard angekündigt, die Empfangsabgabe werde bei einer Annahme der Vorlage unter 400 Franken sinken.

Als Propaganda-Massnahme wurde dann die Mediensteuer ab 2019 auf jährlich 365 Franken festgelegt. «Ein Franken pro Tag ist ein guter Preis für diesen Service zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, die damit eine unabhängige Orientierung über staatspolitisch relevante Themen erhalten», jubelte Leuthard.

Der Betrag von Fr. 365.– soll aber schon bald erhöht werden und das Chaos bei der Einzelfirma Serafe geht unvermindert weiter. Wollen Sie da wirklich untätig bleiben?

Unabhängige Orientierung?

Und haben Sie nicht auch das Gefühl, dass – wie Leuthard versprach – unser Staatsfernsehen beileibe nicht «unabhängige Orientierung» liefert?

Vor den Wahlen jedenfalls verging kein Tag, an dem unsere Staatsmedien gefühlt zehnmal über die angeblich drohende Klimakatastrophe berichteten und damit den Grünen – welche überproportional häufig beim Farbfernsehen angestellt sind – zum Wahlsieg verhalfen.

Wenn Sie damit nicht mehr einverstanden sind, so bleibt Ihnen nur ein Mittel: Der Streik, die Waffe des «Wutbürgers», wie Sie vom SRF gerne und abschätzig genannt werden. Treten Sie also in den Gebührenstreik! Und da wir Schweizer gesetzestreu sind, brauchen Sie gar nichts Illegales zu unternehmen. Vielmehr: Verlangen Sie, dass Sie bar bezahlen dürfen.

Zahlen Sie bar!

Das Gesetz schreibt nämlich vor, dass jedermann, vor allem jede Staatsaufträge umsetzende Organisation als Zahlungsmittel Schweizer Banknoten und Münzen akzeptieren muss. Denn im Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) ist die sogenannte Annahmepflicht ausdrücklich festgehalten. Sie besagt, dass Schweizer Banknoten und bis zu hundert «Umlaufmünzen» von jeder Person unbeschränkt an Zahlung genommen werden müssen.

Es handelt sich dabei um eine gesetzliche Regelung, von der im Einzelfall zwar durch Vertrag abgewichen werden kann. So kann z. B. mittels AGB (Allgemeine Geschäftsbedingungen) eine Barzahlung mit Münzen oder Banknoten ausgeschlossen werden. Entscheidend dabei ist, dass der potenzielle Käufer im Voraus darauf aufmerksam gemacht wird und davon Kenntnis nehmen kann.

Dies ist bei der Serafe, welche Ihre Gebühren einzieht, soweit ersichtlich nicht der Fall. Und falls doch, so ist sie meines Erachtens als parastaatliche Unternehmung nicht befugt, von der Bargeld-Annahmepflicht abzuweichen.

Erfolge in Deutschland

In Deutschland, das ein ähnliches System kennt, hat der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring dies versucht. Häring hat vor dem deutschen Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) einen wichtigen Zwischenerfolg erzielt. Das Gericht führt in einem Beschluss vom März 2019 aus:

«Am innerstaatlichen Recht gemessen hat die Revision Erfolg. Hiernach sind die mit dem Hauptantrag angefochtenen Bescheide rechtswidrig, weil der in der Beitragssatzung des Beklagten geregelte Ausschluss der Möglichkeit, Rundfunkbeiträge mit Euro-Banknoten zu zahlen, gegen die bundesrechtliche Bestimmung des § 14 Abs. 1 Satz 2 BBankG verstößt, die öffentliche Stellen zur Annahme von Euro-Banknoten bei der Erfüllung hoheitlich auferlegter Geldleistungspflichten verpflichtet.»

Und: *«Die in § 14 Abs. 1 Satz 2 BBankG geregelte Verpflichtung zur Annahme von Euro-Banknoten gilt auch und gerade in Bezug auf sog. Massenverfahren wie die Erhebung des Rundfunkbeitrags. Anhaltspunkte dafür, dass die Möglichkeit, den Rundfunkbeitrag bar zu zahlen, die verfassungsrechtlich gebotene Finanzausstattung der Rundfunkanstalten gefährden könnte, sind nicht erkennbar.»*

Schicken Sie daher, wenn auch Sie diesen Weg gehen wollen, untenstehendes Formular ab und stellen Sie – ohne Gewähr! – sofort sämtliche Zahlungen per Einzahlungsschein ein.

Und jetzt ab die Post!

Das geht nun ganz einfach: Verwenden Sie – ohne Gewähr! – unser Formular nicht nur für den «Gebührenstreik», sondern auch für die Auskunft über Ihre Daten:

Einschreiben
SERAFE AG
Schweizerische Erhebungsstelle
für die Radio- und Fernsehabgabe
Postfach
8010 Zürich

Betreff: Barzahlung der Abgabe für Radio und Fernsehen und Auskunftsbegehren

Sehr geehrte Damen und Herren
Ich, (Name, Vorname, Adresse), möchte künftig von meinem Recht gemäss Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel WZG Gebrauch machen, die Abgabe mit schweizerischen Banknoten und Umlaufmünzen zu bezahlen.

Bitte teilen Sie mir mit, wo ich das an meinem Wohnort gebührenfrei und ohne zusätzliches Übermittlungsrisiko tun kann.

Ich bitte Sie weiters, mir schriftlich innerhalb von 30 Tagen Auskunft zu erteilen über alle mich betreffenden Daten, die in Ihren Datensammlungen vorhanden sind, einschliesslich der verfügbaren Angaben über die Herkunft der Daten.

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der mir zugestellten Unterlagen wollen Sie mir bitte bestätigen.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.
Mit freundlichen Grüssen

(Unterschrift, Beilage: Kopie meines Identitätsausweises).

Erstabdruck in: Brisant.
www.schweizerzeit.ch

Gebühren können bar bezahlt werden. Quelle: www.snb.ch

RACLETTE

Volles Haus beim Raclette der SVP Egg

Wie jedes Jahr traf sich die SVP Egg im Rotblattstübli zu einem feinen Raclette und zu angeregten Gesprächen. Besonders erfreulich war auch in diesem Jahr die Teilnahme von Parteimitgliedern aus anderen Sektionen.

Ob bei Schnee oder wie in diesem Jahr bei bereits frühlingshaften Temperaturen, der Racletteabend der SVP Egg findet in jedem Winter statt. Geht es doch nicht nur darum, gemeinsam einen gemütlichen Abend zu verbringen, sondern auch die aktuellen Themen aus der Gemeinde und aus der Politik zu besprechen. Seit vielen Jahren dient das Rotblattstübli in Esslingen als stimmungsvoller Ort des beliebten Anlasses. Auch in diesem Jahr wurde die Sektion Egg von SVP-Mitgliedern aus anderen Gemeinden beehrt. Dazu gesellten sich diesmal auch Patrick Walder, der in den vergangenen Monaten die Kantonalpartei präsidierte, und Kantonsrätin Romaine Rogenmoser aus Bülach. Die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative findet zwar erst im Mai statt, wurde aber schon bei dieser Gelegenheit angesprochen. Die Sache ist klar, diese Initiative muss unbedingt angenommen werden, um die vielen Probleme der Massenzuwanderung wie die Zubetonierung unserer Landschaften, den Stau auf den Strassen und die prekäre Lage unserer Sozialwerke lösen zu können.

Tobias Infortuna, Präsident SVP Egg

Allerlei

Boris Johnson will der BBC die Gebühren streichen. Dem Vernehmen nach will der britische Premier grosse Teile der gebührenfinanzierten Anstalt auf ein Subskriptionsmodell umstellen. Das heisst, wer hören will, der zahle. ***Dabei soll die allgemeine Rundfunkgebühr für die BBC abgeschafft werden und durch ein Abo-Modell ersetzt werden.*** *Der britische Premier war früher selbst Journalist. Er sieht, wie teilweise einseitig die BBC berichtet, zum Beispiel über den Brexit. Es ist geradezu wohltuend, zu sehen, dass Radio- und Fernsehgebühren in verschiedenen europäischen Ländern wegen politischer Einseitigkeit der Sender heftig kritisiert werden. Auch in Deutschland und Österreich gibt es zunehmend Debatten über eine Reform der Rundfunkgebühren. Und NoBillag hat in der Schweiz Pionierarbeit geleistet – auch wenn die Volksinitiative klar verworfen wurde.*

*

Die spinnen, die Deutschen. Solche Feststellungen sind in den letzten Tagen öfters zu hören. Die deutsche Bundeskanzlerin hat sich in die Belange eines Bundeslandes eingemischt und sagte, die Wahl eines Ministerpräsidenten der FDP sei rückgängig zu machen, weil sie mit Stimmen der rechten Alternative für Deutschland (AfD) zustande kam. ***Weite Teile der deutschen Politik haben offenbar Mühe, zu akzeptieren, dass mit der AfD neu ein Korrektiv zur deutschen Bundeskanzlerin und deren Partei im demokratischen Wettbewerb mitspielt.*** *Die deutsche Politik und fast alle Medien benehmen sich weitgehend kindisch. Als einzige deutschsprachige Tageszeitung hat die NZZ Entwarnung gegeben; «Es gibt keinen Grund, die Wahl von Thüringen moralisch zu verurteilen. Die deutsche Demokratie hat keinen Schaden genommen. Dass sich der FDP-Kandidat auch von der AfD wählen liess, ist kein Makel.» In der Schweiz fragt sich mancher, weshalb die NZZ über Deutschland glasklar einen Kommentar abgeben kann – über Schweizer Politik jedoch vielfach ein linksliberales Geschwurbel von sich gibt. Teil der Antwort ist wohl, dass die NZZ in Deutschland einen neuen Wachstumsmarkt entdeckt hat…*

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Linke Realitätsverweigerung

Bekanntlich sucht derzeit nicht nur die SVP, sondern auch die SP einen neuen Präsidenten oder, wie es derzeit en vogue ist, ein «Co-Präsidium». Besonders gute Chancen auf den Posten haben die beiden Nationalräte Cédric Wermuth aus dem Aargau und Mattea Meyer aus Winterthur. In ihrem Wahlmanifest mit dem kämpferischen Titel «linker Aufbruch» lassen die beiden Nachwuchsrevoluzzer durchblicken, wie sie sich eine Schweiz unter ihrer Führung vorstellen. Es handelt sich dabei um ein Pamphlet aus der untersten sozialistischen Mottenkiste, gespickt mit Halbwahrheiten und teilweise eklatanten Widersprüchen. Müsterchen gefällig? Unter dem ersten Punkt «Mehr zum Leben für die Menschen im Hier und Jetzt» beklagen Wermuth und Meyer eine seit Jahrzehnten stattfindende «Umverteilung von unten nach oben». In einer Gesellschaft, in der das reichste Prozent der Bevölkerung ein Viertel der gesamten Einkommenssteuern bezahlt und gleichzeitig rund ein Fünftel gar keine Steuern entrichtet, ist so eine Aussage nichts anderes als Fake News. Im selben Kapitel steht weiter, man werde sich dafür einsetzen, «dass Löhne und Renten steuerlich entlastet» werden. Wann sich die beiden Jungsozialisten allerdings je für eine konkrete Steuersenkung eingesetzt hat von der nicht nur die untersten Einkommen profitiert haben, bleibt ihr Geheimnis.

Es geht den beiden Möchtegern-Präsidenten nämlich mitnichten um eine Entlastung der Bevölkerung, sondern – wie könnte es anders sein – einzig und allein um Umverteilung. Die Fleissigen sollen für die Faulen bezahlen, die Kinderlosen für die Familien, die Inländer für die Ausländer und natürlich die Reichen für den ganzen Rest der Bevölkerung. Besonders deutlich wird dies im Kapitel «Klimagerechtigkeit umsetzen»: Dort steht kämpferisch, «Massnahmen gegen die Klimakrise (…) sollen durch eine Abgabe auf Milliardenvermögen mitfinanziert werden» – als ob in unserer Gesellschaft nur die Reichen zum Ausstoss von Treibhausgasen beitragen würden. Gleichzeitig unterstützen sowohl Mattea Meyer als auch Cédric Wermuth ohne Wenn und Aber das neue CO_2-Gesetz, welches just die untersten Einkommensschichten mit steigenden Treibstoffpreisen, höheren Heizkosten und einer unsinnigen Flugticketabgabe am meisten belasten würde. Unsozialer geht es kaum.

Das Wahlprogramm endet mit der Aussage: «Die SP ist die Partei für alle, die von Lohn und Rente leben. Also 99 Prozent der Menschen.» Nichts könnte falscher sein: Die SP ist die Partei all derjenigen, die in irgendeiner Form vom Staat abhängen – Lehrer, Beamte, Kulturschaffende, Bewohner von Genossenschaftswohnungen, Sozialhilfeempfänger, Asylanten und viele mehr. Wer in diesem Land auf dem freien Markt etwas leistet und Verantwortung übernimmt, wird von den Linken bestenfalls als Milchkuh angesehen, die man ausnehmen kann. Daran wird sich auch unter der Führung von Mattea Meyer und Cédric Wermuth nichts ändern – nett formulierte Wahlmanifeste hin oder her.

ROSENKRIEG IST LANCIERT

Geköpfte Rosen im Garten – von den rot-grünen Stacheln zum Rosenkrieg

So schrieben wir es letzte Woche: «Um ihren gehässigen Krieg gegen das Auto zu unterstützen, hat Rot-Grün sogar die Brücke eines Projektes des öffentlichen Verkehrs am Rosengarten in die Luft gesprengt.» Mit den nun folgenden Forderungen der Linken ist eindeutig klar geworden: Die Rodung des Rosengartens war nur die Errichtung eines Brückenkopfes, der dazu dienen soll, die Verkehrsadern mit der mobilitätsfeindlichen Ideologie zu besetzen.

Dr. Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP Zürich

«I never promised you a rosegarden», so heisst die Ballade, die besagt, dass man (im Lied in einer Beziehung) keinen «Rosengarten» versprechen soll, in welchem man die Erfüllung der Anliegen aller in idealer Form verspricht. Dem Ideal folgte die Kampagne für das Rosengartenprojekt: Es war ein realistisches, ein ehrliches Projekt, just das, was so oft vermisst wird. Aber gerade hier dienten die nicht für alle Akteure idealen Teile in einem stimmigen Gesamtprojekt als Angriffspunkte; das wurde feige ausgenutzt.

Ziele der rot-grünen Bevormundung belegt …

Nach geschlagener Schlacht, in der sich (wie letzte Woche gezeigt) drei Wogen der Kritik zu einer Monsterwelle kumulierten, belegen die Reaktionen, was absehbar war: Dass die Ablehnung des Rosengartenprojektes nur eine Etappe im «Krieg» gegen die Automobilität war; was man immer schon wollte, wird jetzt auf der linken Seite als «flankierende Massnahmen» schöngeredet und heilgeschrieben.

So schiessen nun als «Heilmittel» die Tempo-30-Forderungen wie Unkraut überall aus dem Boden – auf eine Rundschau verzichten wir, weil das ein Halsumdrehen bedeuten würde. Gefolgt werden sie von Ansinnen, die auf einen Spurabbau zielen und zu Staus führen würden; und schliesslich sollen auch Lichtsignale und Fussgängerüberquerungen die Rosengartentransversale lähmen.

… bis zum Fahrverbot

Wohin das führen sollte, ist klar: Zu einem eigentlichen Verkehrsinfarkt, eine giftige Medizin, verordnet von grünen Fundamentalisten. Ein Beleg dafür, dass es nicht um Anliegen der Menschen geht, sondern um Behinderung in «Reinkultur», zeigt die Tatsache, dass mit Tempo 30 – auch als Bussenfalle – die Belastungen steigen würden: Bergwärts müsste in tiefere Gänge geschaltet werden, wodurch mit steigender Tourenzahl der Verbrauch steigt – und unnötiger Lärm entsteht. Bergab gilt dasselbe, wenn mit dem Motor auf dieses tiefe Tempo gebremst oder dieses gehalten werden soll; auf der Bremse stehen würde hingegen unsinnig Feinstaub entstehen lassen.

Der Befund solcher Heilmittel mit unerträglichen Nebenwirkungen ist derart verheerend, dass klar wird: Auch diese wären nur wieder ein Zwischenziel; am Ende stünde das Fahrverbot. Diese Perspektive belegt auch die soeben publizierte «Vision» des neuen grünen Regierungsrates: Er träumt – so die aktuellsten Schlagzeilen in einer der rot-grünen Agitation zuneigenden Tageszeitung – von einem autofreien Zürich. Die Zwischenziele dahin zeigen sich am Rosengarten.

Methoden der Feindseligkeit…

Wer solche Feinbilder pflegt, ist auch mit den Methoden nicht wählerisch. Da geht die Agitation sehr selektiv vor: So wurde uns berichtet, dass ein Auftritt von fünf Gegnern (Frauen sind da explizit mitgemeint) dazu führte, dass eine dominierende Tageszeitung dieser Performance gleich eine ganze Seite widmete, einem Aufmarsch von fünfzig befürwortenden Personen hingegen bloss ein paar Zeilen – wenn es gut geht, gar mit Bild. Ebenso ist uns berichtet worden, dass der «Korso» der Ablehnenden – Autos und Velos – auf Quartierstrassen auch in verbotener Fahrrichtung unterwegs sein «durfte» – die Befürwortenden wären vermutlich von den linken Aktivisten angezeigt worden. Ebenso in die selektive Wahrnehmung gehört, dass Leserbriefe, die sich für das Rosengartenprojekt einsetzten, von die Zeitungslandschaft stark prägenden, agitatorischen Medien nicht publiziert wurden, jene der Gegnerschaft hingegen schon – so wurde uns das berichtet. Und was sich selbst beobachten liess: Leserreaktionen nach der Abstimmung, welche die Ablehnung bejubeln – und weitere Forderungen stellten – füllten in besagten Medien auch die Leserbriefspalten, jene, die das Ergebnis bedauerten, musste man suchen und wurde nur mit Glück vielleicht sogar einmal fündig.

… bis zur Illegalität

Das Mass voll macht ein Report aus allererster Hand über eine Unterdrückung unliebsamer Publikationen: In der vom Schreibenden herausgegebenen Zeitung, die auch überall an den Hochschulen aufliegt, wurde in Beiträgen präzise über das Rosengartenprojekt berichtet – angesichts der Einsicht in die wirkliche Faktenlage durchaus im positiven Sinne: Just an einem der Standorte an der ETH-Hönggerberg verschwand von den vier jeweils aufliegenden Editionen ausgerechnet die aktuellste Winter-Ausgabe mit dem Rosengarten-Thema. Da es die aktuellste Edition war, ist ausgeschlossen, dass hier dem Hausdienst im Übereifer ein Irrtum unterlief: das belegt eine gezielte «Beseitigung» aus dem Lager der «Rosenköpfer».

Ein Rosenkrieg im Verkehr – wer sieht es?

Erschreckend ist in diesem Fall und auch angesichts der anderen Vorkommnisse, mit welch undemokratischen Mitteln die rot-grüne Lobby am Werken ist und so die seit einem halben Jahrhundert ungelöste Situation am Rosengarten zementiert. Da geht die Verkehrspolitik nahtlos über in die Demokratiepolitik.

Da es zum Rosengarten keinen Plan B gibt, müssen anderorts die Mittel des Strassenfonds eingesetzt werden – aber sicher nicht für den öffentlichen Verkehr, sonst würde die unfaire Strategie der rot-grünen Lobby noch honoriert und damit ein falsches Signal gesetzt: Der Rosenkrieg ist lanciert.

Aktuelle Situation am Rosengarten. Foto: Dr. Bernhard im Oberdorf

SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Ort: Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich (Endstation Seebach)

Programm: ab
18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

Peter Schick
Kantonsrat SVP ZH11

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP ZH

Stefan Urech
Gemeinderat SVP ZH

Martin Hübscher
Kantonsrat SVP ZH

Freitag, 28. Februar 2020, 18.15 Uhr
Meine Tage im neu zusammen gesetzten Kantonsrat
mit Kantonsrat Peter Schick, SVP Zürich 11

Freitag, 26. Juni 2020, 18.15 Uhr
Kosten und Integration der Flüchtlinge
mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Gemeindepräsidentin von Hagenbuch

Freitag, 28. August 2020, 18.15 Uhr
Denkmalschutz: Fluch oder Segen?
mit Gemeinderat Stefan Urech, Kreisparteipräsident Zürich 4/5

Freitag, 30. Oktober 2020, 18.15 Uhr
Die Auswirkungen im Kanton Zürich, wenn Rot/Grün dominiert
mit Kantonsrat Martin Hübscher, Fraktionspräsident der SVP Zürich

Mehr Schweiz

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Informationen über weitere Anlässe der SVP Zürich 11 finden Sie unter: **www.svp-zuerich11.ch**
Schweizerische Volkspartei Zürich 11, 8050 Zürich

SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 28. Februar 2020, ab 18.00 Uhr mit

Peter Schick
Kantonsrat SVP ZH11

Thema:

Meine Tage im neu zusammen gesetzten Kantonsrat

Ort: Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm: ab
18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Informationen über weitere Anlässe der SVP Zürich 11 finden Sie unter: **www.svp-zuerich11.ch**
SVP Zürich 11, 8050 Zürich

Ihr Immobilientraum?

3 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 Oetwil a.d. Limmat, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.erlenkönig.ch

3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch

4 ½ Zi. Terrassenwohnung
8413 Neftenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis 1'560'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.chlimbergsteig.ch

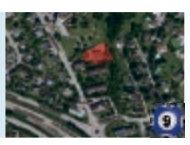
4 ½ und 5 ½ Eigentumswohnungen
8332 Rumlikon, Chiara Moser Tel. 044 316 13 47
Preis ab 881'000.-, Bezug ab Sommer 2021
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Doppel-Einfamilienhäuser
8332 Rumlikon, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 1'291'000.-, Bezug ab Sommer 2021
www.grueens-doerfli.ch

6 ½ und 7 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 Ottenbach, Chiara Moser Tel. 044 316 13 47
Preis ab 1'261'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.nidolino-ottenbach.ch

3 ½ Zi. Eigentumswohnung
8302 Kloten, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis 936'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
Letzte Einheit reserviert!
www.panoramaweg-kloten.ch

5 ½ Zi. Eigentumswohnung
8484 Weisslingen, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'371'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.paradislig.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 5 ½ u. 6 ½ Zi. DEFH
8127 Aesch-Maur, Chiara Moser Tel. 044 316 13 47
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

7 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 Dorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab CHF 1'130'500.-, Bezug auf Anfrage
www.calmacasa.ch

3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 Wermatswil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'116'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.leuberg.ch

5 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 Birchwil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'059'000.-, Bezug ab Sommer 2020
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft!
www.mira-birchwil.ch

6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 Buch am Irchel, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 909'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch

5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8118 Pfaffhausen, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'271'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.luckenholz.ch

4 ½ Zi. Eck-Einfamilienhaus
8118 Pfaffhausen, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis 1'491'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.luckenholz.ch

4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 Dietikon, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 931'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.duo-dietikon.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

4 ½ Zi. Terrassenwohnung
8103 Unterengstringen, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis CHF 1'841'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.sparrenberg.ch

3 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 Saland, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 506'000.-, Bezug ab Herbst 2020
www.ammuelibach.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?

Melden Sie sich bei unserem Chef
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.

YouTube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
27. - 29. März 2020, Lake Side Zürich

EIGENHEIM MESSE SCHWEIZ
Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
3. - 6. Sept. 2020, Messe Zürich, Halle 5

Stand Februar 2020

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

LESERBRIEF

Abwanderung im Osten

Wir müssen diesen ideologischen Irrsinn stoppen! Dass die Personenfreizügigkeit ein Fehlkonstrukt ist, das massiven Schaden anrichtet, gilt neben der Schweiz für viele Länder. Deshalb hat die Mehrheit der Briten für den Brexit gestimmt. Und auch in den Oststaaten macht sich Ernüchterung breit – laufen diesen Ländern die Leute doch massenhaft davon, weil sie in Ländern wie der Schweiz bessere Perspektiven oder zumindest bessere Sozialleistungen haben.

In den Herkunftsländern droht der demografische Kollaps während sich Zielländer wie die Schweiz mit überlasteten Infrastrukturen, explodierenden Sozialkosten, Miet- und Landpreisen und einer steigenden Ausländerkriminalität konfrontiert sehen.

In Brüssel stellt sich die EU-Kommission blind und taub und klammert sich in ideologischer Verblendung weiter an die Personenfreizügigkeit. Zum Glück sind wir Schweizerinnen und Schweizer nicht in der EU und können diesen ideologischen Irrsinn stoppen. Am 17. Mai haben wir die Gelegenheit dazu – mit einem JA zur Begrenzungsinitiative!

Benjamin Fischer,
Präsident SVP Kanton Zürich

Junge SVP

PODIUMSSCHULUNG ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE MIT GREGOR RUTZ

SAMSTAG, 14.MÄRZ 2020
10:00 UHR
PARTEISEKRETARIAT SVP
LAGERSTRASSE 14
8600 DÜBENDORF

Anmeldungen bitte an: info@jsvp-zh.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Das Sekretariat der SVP des Kantons Zürich ist Angelpunkt und Drehscheibe der Schweizerischen Volkspartei im Kanton Zürich. Auf dem Sekretariat in Dübendorf benötigen wir Verstärkung.

Praktikantin oder Praktikant 60%-100%

- Betreuung verschiedener Projekte
- Persönlicher Umgang mit Mitgliedern und Wählern
- Administrative Aufgaben

Die SVP setzt sich ein für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Wir suchen dich, eine/einen:

aufgestellte, motivierte Persönlichkeit
jemand der/die gerne unterwegs ist
aber auch im Büro exakte Arbeiten ausführt
einer/eine die gerne anpackt!

Beginn und Dauer der Anstellung nach Vereinbarung.

Sende deine Bewerbung an: martin.suter@svp-zuerich.ch Für Fragen ist Martin Suter, Parteisekretär, auch telefonisch erreichbar 044 217 77 66.

SVP DIGITAL

Die SVP als Unterrichtsstoff
In den Sümpfen von Bern, regelmässige Filme auf YouTube von Thomas Matter

Billige Arbeitskräfte aus der EU zerstören die Schweiz
Aktuelle politische Themen – direkt auf den Punkt gebracht mit Camille Lothe.

UF DÄ PUNKT. mit Camille Lothe

Folge 650: Valentinstag, Credit Suisse und Crypto-Affaire
Alt Bundesrat Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret, Autor des Buches: «Das Blocher-Prinzip», jeweils Samstag ab 14:00 Uhr.

SVP STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Bienengarten, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Zürich/Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wiedikon, Seebahnstrasse 33, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 16. April 2020, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Rigelhüsli, Dorfstrasse 34, Bonstetten. Mit Nationalrat Martin Haab.

Donnerstag, 02. Juli 2020, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Rigelhüsli, Dorfstrasse 34, Bonstetten. Mit Nationalrat Martin Haab.

Donnerstag, 15. Oktober 2020, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Rigelhüsli, Dorfstrasse 34, Bonstetten. Mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Dielsdorf/Niederhasli
Freitag, 26. Juni 2020, 18.00 bis 21.00 Uhr, Samstag, 27. Juni 2020, 11.00 bis 24.00 Uhr und Sonntag, 28. Juni 2020, 11.00 bis 18.00 Uhr, SVP-Stand, Dorffest Niederhasli, mit National- und Kantonsräten.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Sonntag, 24. Mai 2020, 09.30 – 15.00 Uhr, Puure Zmorge, Bauernhof der Familie Müller, Bunzenhalde 17, Forch. Mit Nationalrat Benjamin Giezendanner, Kantonsrat Domenik Ledergerber, Schlagersängerin Monique und «Trio Sunneberg».

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 30. März 2020, 19.00 Uhr, SVP-Höck mit Nationalrat Gregor Rutz, Lokalität noch offen, Zollikon.

Montag, 22. Juni 2020, 19.00 Uhr, SVP-Höck, Lokalität noch offen, Zollikon.

Montag, 28. September 2020, 19.00 Uhr, SVP-Höck, Lokalität noch offen, Zollikon.

Montag, 02. November 2020, 19.00 Uhr, SVP-Höck, Lokalität noch offen, Zollikon.

Stadt Winterthur
Sonntag, 22. März 2020, 10.00 – 16.00 Uhr, Jazz-Matinée, bei Christian Achermann, Winterthur-Hegi.

Sonntag, 07. Juni 2020, 10.00 Uhr, exklusive Führung auf der Baustelle des neuen Polizeigebäudes (POM), anschliessend fakultativer Grillplausch. Detailausschreibung folgt. Anmeldung/Informationen: Markus Reinhard, reinhard@gmx.ch, 079 675 19 76.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 14. März 2020, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen.

Samstag, 25. April 2020, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen.

Samstag, 09. Mai 2020, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen.

Samstag, 16. Mai 2020, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen.

Sonntag, 13. September 2020, 10.00 Uhr, Puure-Zmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Unterdorf, Zürich-Affoltern.

Samstag, 05. Dezember 2020, 19.00 Uhr, Jahresausklang, Ort noch offen.

Kanton Zürich
Samstag, 07. März 2020, 09.00 – 13.00 Uhr, Tagung, Parkhotel Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil. Themen: Parteiarbeit, Auftakt zur Kampagne Begrenzungsinitiative.

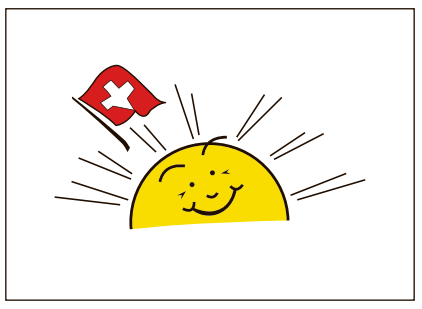
WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 22. Februar 2020, 09.45 (Türöffnung 09.00) – 16.00 Uhr, 20. Nationaler SVP-Jasscup, in der Mehrzweckhalle Stumpenmatt, Muotathal SZ, mit National- und Ständeräten der SVP. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch.

Samstag, 25. April 2020, 10.30 – 15.30 Uhr, Ordentliche Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Kaserne Bern.

Mittwoch, 02. September 2020 bis Sonntag, 06. September 2020, 19.30 Uhr, Zürcher Oberland Messe ZOM, Wetzikon.

Freitag, 04. September 2020 bis Sonntag, 06. September 2020, 19.30 Uhr, SVP-Schiessen 2020, Weiningen, (Vorschiessen am Freitag, 28. August 2020). Weitere Informationen folgen.



IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Kampagnenstart zur Begrenzungsinitiative (BGI)

EINLADUNG zur Tagung der Sektionen

Am 17. Mai 2020 steht die Abstimmung zur Begrenzungs-Initiative der SVP an. Der Schweizer Bürger kann bestimmen, ob er in wenigen Jahren eine 10-Millionen-Schweiz will oder ob die Einwanderung wieder gesteuert werden soll. Jedes Mitglied und jede Sektion ist bei diesem Grosskampf gefordert! 55% der Schweizer wollen keine 10-Millionen-Schweiz, wollen keine überfüllten Züge und Strassen und wollen die Schweiz erhalten wie sie ist. Die SVP kann diesen Abstimmungskampf gewinnen. Dazu müssen wir «zämestoh»!

Die SVP des Kantons Zürich lädt zum Kampagnestart zur Fachtagung:

Samstag, 7. März 2020, 09.00 bis 12.00 Uhr
Parkhotel Wallberg, Eichholzstrasse 1, 8604 Volketswil

- 9.00 Uhr Begrüssung
- 9.05 Uhr Standortbestimmung - Ziele und Strategie des neuen Kantonalpräsidenten bezüglich Sektionen
  Benjamin Fischer, Präsident SVP Kanton Zürich
- 9.30 Uhr So führen wir die Kampagne zur Begrenzungsinitiative
  Michael Trachsel, Präsident Kampagnen-Kommission
- 9.45 Uhr Das Rüstzeug für Podien, Standaktionen und im persönlichen Gespräch
  Alexander Segert, GOAL AG
- 10.15 Uhr Fragen und Anliegen der Sektionen
- 10.30 Uhr Pause
- 10.45 Uhr Die Begrenzungsinitiative der SVP - Fakten und Argumente
  Marcel Dettling, Nationalrat und Kampagnenleiter SVP Schweiz
- 11.15 Uhr Der Weg von Bundesbern in die EU - die Agenda von Bundesrat und Parlament
  Roger Köppel, Nationalrat
- 11.45 Uhr Schlussrunde
- 12.00 Uhr Gemeinsames Mittagessen und Networking
  (fakultativ - auf eigene Kosten - mit Anmeldung)

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme bis spätestens 2. März 2020 an, damit wir besser planen können.

Nach der Veranstaltung findet zum Austausch und Kennenlernen ein Mittagessen auf eigene Kosten statt. Benjamin Fischer sowie weitere Parteiprominenz werden anwesend sein. Der Business-Lunch im Hotel Wallberg kostet 29.00 Franken und muss vor Ort bezahlt werden. Bitte melden Sie sich ebenfalls an. Es freut uns, wenn viele Mitglieder teilnehmen.

Anmeldung an:
Fax: **044 217 77 65** / Mail: **sekretariat@svp-zuerich.ch** / Tel : **044 217 77 66.**
Bitte teilen Sie uns bei der Anmeldung mit, ob Sie am Mittegessen teilnehmen werden.

Begrenzungs-Initiative am 17. Mai: JA zur massvollen Zuwanderung
www.begrenzungsinitiative.ch PC: 31-572732-0

WICHTIGER TERMIN

Traditioneller «Puure Zmorge» der SVP Küsnacht

svp. Der Traditionelle «Puure Zmorge» der SVP Küsnacht findet dieses Jahr am Sonntag, 24. Mai 2020 von 9.30 – 15.00 Uhr auf dem Bauernhof der Familie Müller, Bunzenhalde 17, 8127 Forch (direkt an der Hohrütistrasse, der Verbindungsstrasse Forch – Herrliberg) statt. Hauptredner des diesjährigen «Puure Zmorge» ist Herr Nationalrat Benjamin Giezendanner.

Er wird zum Thema «Die Gesetzgebung zum CO_2-Gesetz» referieren, davor wird Kantonsrat Dominik Ledergerber zum Thema «Die Zürcher Landwirtschaft aus Sicht von Bauer und Kantonsrat Dominik Ledergerber» sprechen.

Musikalisch umrahmt wird der Anlass einerseits durch die bekannte Schlagersängerin Monique und anderseits durch das «Trio Sunneberg» werden.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch sowie auf einen interessanten und stimmungsvollen, gemeinsamen Sonntag in der zauberhaften Bunzenhalde.

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

vollamtliches Mitglied für das Obergericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen:
- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von den Fraktionen der SVP beansprucht. Die Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1999 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie unter http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, lic.iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung bis **13. März 2020** .

TO-DO-LISTE

SVP in Aktion …

Noch 85 Tage bis zur Abstimmung über die Begrenzungsinitiative.
Haben Sie Ihren Leserbrief schon geschrieben?

Jetzt Plakate «JA zur Begrenzungsinitiative» aufhängen.
Brauchen Sie noch mehr Plakate? Rufen Sie uns an: Tel. 044 217 77 66

Mit Standaktionen erreichen Sie die Leute im Dorf.
Jetzt organisieren. Das Sekretariat unterstützt die Sektionen gerne bei Bedarf.

Sprechen Sie mit Freunden und Bekannten über die wichtigste Abstimmung in diesem Jahr!
Jede Stimme zählt! «JA zur Begrenzungsinitiative».